Nummer 262

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter Redaktionell: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: LV. Dr. R. Jäger, Berlin-Steglitz; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Lippan, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Bogislawsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 70. Jahrgang Montag, 8. Juni 1925

Ernste Gefährdung der Ausländer in China.

Ausdehnung der Unruhen im Süden.

London, 8. Juni.

Die Lage in China beschäftigt die Presse weiterhin eingehend. Der Berichterstatter der „Times" in Schanghai, der auf Grund zuverlässiger Informationen die augenblicklichen Unruhen als einen Teil der umfassenden Maßnahmen des von Moskau und von der revolutionären chinesischen Partei unterstützten christlichen Generals Fengyuhsiang gegen Tschangtsolin und die augenblickliche Ausbeute Missionare und die Kaufleute aus dem Innern zurückgerufen werden müssen. Gestern, die aus dem Yangtsetal zurückkommen, erklärten, daß dort die Stimmung sehr gereizt ist, insbesondere in Wuhu, in Nankind und in Tschingkhan, wo der Pöbel die britische Konzession angriff und den britischen Konsul mißhandelte. Der „Times"-Berichterstatter bemerkt, daß, ohne den Wunsch zu hegen, sensationell sein zu wollen, er doch der Ansicht sei, daß die Lage der Ausländer in China äußerst ernst ist.

Die Nünnan-Generäle Jangshsimin und Lautschunwan, die sich als Anhänger der Ideen Sunyetsens bezeichnen, forderten die Behörden auf, die Truppenbewegungen in den östlichen und westlichen Flußbezirken einzustellen. Die Behörden erklärten darauf beide Generäle für abgesetzt und ernannten den General Tschupeitieh zum stellvertretenden Führer der Yünnan-Streitkräfte. Jangshsimin beantwortete diese Maßnahme der Behörden mit einer Besetzung der Residenz des Gouverneurs, der Telephon- und Telegraphenämter und der elektrischen Licht- und Kraftwerke. Die Telegraphenlinien nach Hongkong wurden durchschnitten. Nach den neuesten Meldungen hat der Kampf zwischen den Yünnan-Leuten und den Kantonleuten begonnen. Kanonenboote der Kantonleute eröffneten gestern nachmittag das Feuer auf die Yünnan-Leute, das von diesen erwidert wurde. Das Gefecht, das sich in der Nähe der Zeitungsbüros abspielte, dauerte fast zwei Stunden.

Eine Untersuchungskommission für Schanghai.

EP London, 8. Juni.

Nach Meldungen aus Peking haben die Mächte dem Außenministerium eine neue Kollektivnote überreicht, in der sie erklären, daß sie beschlossen haben, eine Untersuchungskommission nach Schanghai zu entsenden, um dort über die Ursache der Unruhen eine Untersuchung anzustellen. Die Kommission wird sich aus den Botschaftssekretären der sechs Großmächte zusammensetzen.

In Schanghai besteht noch wenig Aussicht auf ein Abflauen der Streikbewegung. 4000 Matrosen warben in Schanghai auf Alarmbereitschaft gestellt, um im Notfalle einzugreifen. Im ganzen befinden sich im Hafen 3 Kreuzer, 10 Kanonenboote und 7 amerikanische Torpedoboote. Infolge der Unruhen in Nanking sind ein englischer und ein amerikanischer Kreuzer in Chin-kiang angekommen, wo bekanntlich ein Polizeipoten von Chinesen erstürmt worden war. Auch aus Hankau wird eine starke, fremdenfeindliche Strömung gemeldet. Man vermutet, daß auch in Kanton der Generalstreik ausbrechen wird.

Amerikas Rüstungen gegen Japan.

Das Ergebnis der amerikanischen Manöver.

TU London, 8. Juni.

Mittelmeldungen aus Washington zufolge, kann die Verteidigung der Insel Hawai gegen die Angriffe zur See nicht ohne Verstärkung der See- und Luftstreitkräfte erfolgen. Das sei das Ergebnis der letzten Manöver im Stillen Ozean.

Wie Coolidge die Giftgas-Konferenz durchdrücken will.

Washington, 7. Juni.

Das Bekanntwerden der Tatsache, daß Präsident Coolidge bereit sei, eine Konferenz einzuberufen zur Aufstellung eines Protokolls, das den internationalen Handel mit Giftgasen verbieten soll, eröffnet wieder die Erörterung über den Plan des Präsidenten, eine zweite Flottenabrüstungskonferenz einzuberufen. In hohen amtlichen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß beide Konferenzen gleichzeitig abgehalten werden würden. Es wir durch hinzugefügt, daß Coolidge darüber im Zweifel ist, ob die Nationen, die an der Genfer Konferenz teilnehmen, gewillt sein würden, Delegierte nach Washington zu entsenden, um nur die Frage des Verbots des Gebrauchs von Giftgasen zu erörtern. In diesem Zusammenhange wurde der Vorschlag gemacht, daß die Frage der Verwendung der Gase auf die Tagesordnung der geplanten Abrüstungskonferenz gesetzt werden sollte.

Aufstand auf Samos.

EP London, 8. Juni.

Nach Meldungen aus Athen bestätigt es sich, daß auf der Insel Samos ein Aufstand ausgebrochen ist. Die Aufständischen sollen Herr der Lage sein. Sie hatten ein Manifest veröffentlicht, worin sie sofortige Neuwahlen fordern. Es geht das Gerücht, daß die Aufstandsbewegung auch auf die Insel Kinos und die Insel des italienischen Dodekanes übergreifen werde.

Briands Druck auf Chamberlain.

Die Zusammenkunft in Genf.

Keine Zugeständnisse an England?

EP Genf, 8. Juni.

Wie verlautet, hat Briand in seiner langen Unterredung mit Chamberlain gestern mittag die Frage der Ostgrenzen im Zusammenhang mit dem Sicherheitsvertrag besprochen. Chamberlain hat, so erklärt man, hier den bekannten englischen Standpunkt verteidigt, indem er auf die Notwendigkeit hinwies, auf die Wünsche der Dominions Rücksicht zu nehmen. Briand befürwortete die Sicherheit aus prinzipiellen und taktischen Gründen. Diese letzteren Gründe sollen auf Chamberlain einen gewissen Eindruck gemacht haben. Man hegt hier aber gleichwohl starke Zweifel, ob Chamberlain trotz seiner freundschaftlichen Stellungnahme gegenüber Frankreich in der Lage sein wird, innerhalb der englischen Regierung große Zugeständnisse zu erlangen.

Ein Sicherheitspakt mit vier Schiedsgerichtsverträgen.

Frankreich will Polen und Tschechoslowakei schützen.

Paris, 8. Juni.

Der Sonderberichterstatter des „Matin" in Genf bestätigt die Nachricht, daß Chamberlain und Briand sich über die Frage des Abschlusses eines Sicherheitspaktes mit Deutschland unterhalten haben. Die Angelegenheit sei jetzt zwischen Frankreich und England soweit gefördert, daß die Vorverhandlungsperiode, die zu einer Verständigung zwischen England und Frankreich führen sollte, als beendet angesehen werden könne, so daß

nunmehr die Verhandlungen mit Deutschland beginnen könnten.

Um die Bedeutung dieses Ereignisses und der Diskussion in letzter Stunde zu begreifen, sei es notwendig, die Aufmerksamkeit auf folgende Fragen zu lenken:

Der reine Sicherheitspakt könne von Frankreich nicht angenommen werden, wenn er nicht von anderen Abkommen begleitet sei. Diese Abkommen seien Schiedsgerichtsverträge, die für immer die Anwendung von Gewalt zwischen den kontrahierenden Mächten ausschließen, ausgenommen für den Fall einer durch eine Vertragsverletzung gerechtfertigten Zwangsmaßnahme. Es handle sich um

vier Schiedsgerichtsverträge.

Die beiden ersten Teile habe Deutschland vorgeschlagen, die beiden anderen müßten zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen werden. Die beiden letzteren betreffen Deutschland und Polen sowie Deutschland und die Tschechoslowakei. Die französische Regierung betrachtet sie als einen Zusatz zu dem Sicherheitspakt. Sie habe den besten Willen, die Verträge die zwischen Deutschland und Polen, zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei abgeschlossen werden, zu garantieren, damit die Verletzung dieser garantierten Verträge eine bewaffnete Intervention rechtfertige, selbst den Marsch durch die neutralisierte Zone Deutschlands, und zwar in gleichem Maße, wie die Verletzung der Verträge von Versailles und St. Germain. England seinerseits, das restlose Garantien für jeden Angriff gegen die Rheinzone gebe, wolle nur die Schiedsverträge garantieren, die zwischen den Rheinuferstaaten abgeschlossen werden, wolle aber seinerseits mit keinem Staat einen derartigen Vertrag unterzeichnen. Man müsse beispielsweise folgende drei konkreten Fälle ins Auge fassen, um zu erkennen, was sich dann ereignen würde. Erstens: Deutschland greift Frankreich und Belgien an. Dann würde es sich auch automatisch mit England, das alle seine Streitkräfte mobilisiere, im Kriegszustand befinden. Zweitens: Deutschland greift Polen an. Dann würde Frankreich mit allen Mitteln, die ihm gut erscheinen, intervenieren, England aber würde sich vorbehalten, seine Aktion mit seinen allgemeinen Verpflichtungen mit anderen Mächten in Einklang zu bringen, oder, ohne die Beratung des Völkerbundes abzuwarten, Maßnahmen oder Kriegsmaßnahmen ergreifen; es stehe ihm die Wahl offen. Drittens: Ein europäischer Konflikt bricht aus. Alle Mächte seien alsdann frei, aber in dem Rahmen der Verpflichtungen, die ihnen die Verträge und das Statut des Völkerbundes auferlegen.

Ein anderer Punkt, der im Laufe der letzten Tage erörtert werde, sei der, daß

Deutschland in den Völkerbund eintreten

könne, bevor es seine Entwaffnungsverpflichtungen erfüllt habe. Die Tatsache habe sich auch bei anderen Mächten ereignet. Die Besetzung der Kölner Zone sei seine Sanktion, im Gegenteil die Räumung dieser Zone nach fünf Jahren müsse als ein Deutschland bewilligter Vorteil angesehen werden, aber nur dann, wenn es vollommen seine Verpflichtungen erfüllt hätte. Es handle sich also nicht um eine verlängerte Besetzung, aber es könne noch eine beschleunigte Räumung in Frage kommen. Also in einem Augenblick, in dem von Sanktionen nicht die Rede sei, könne Deutschland im September sein Aufnahmegesuch einreichen und aufgenommen werden. Schließlich bemerkt der Sonderberichterstatter des Matin, die französische Regierung wünsche, daß Italien in das Paktsystem und Schiedsgerichtssystem mit gegenseitiger Garantie eintrete.

Die Tagung des Völkerbundsrates.

Eine geschlossene Sitzung.

TU Genf, 8. Juni.

Auf elf Uhr vormittags ist heute eine geschlossene Sitzung des Völkerbundsrates angesetzt, in der die Tagesordnung festgesetzt werden soll. Zurzeit hat die Sitzung bereits begonnen, an der Chamberlain, Briand, Benesch, Scialoja, Unden, Quinones de Leon, Asshi und die anderen im Rat vertretenen Mitglieder des Völkerbundes teilnehmen.

Gegen den Kolonialraub und die koloniale Schuldlüge.

Tagung der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft.

München, 8. Juni.

Am Sonntag Nachmittag hielt die Deutsche Kolonialgesellschaft ihre Hauptversammlung im Kaufmannskasino ab, in der u. a. zwei Entschließungen angenommen wurden. Die erste lautet: Die Deutsche Kolonialgesellschaft erhebt wiederum gegen den Raub der deutschen Kolonien schärfsten Einwand und fordert die Reichsregierung auf, die koloniale Schuldlüge zurückzuweisen und den Anspruch auf die Rückgabe der Kolonien in jeder Weise geltend zu machen. Die zweite Entschließung besagt: Die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft erachtet es für unerträglich für das deutsche Volk, daß trotz Abschluß eines deutsch-englischen Handelsvertrages noch Ausnahmebestimmungen gegen Deutsche in den englischen Kolonien aufrecht erhalten werden. Sie richtet an den Reichstag die Bitte, den Handelsvertrag nicht zu ratifizieren, bevor nicht die Aufhebung dieser Ausnahmebestimmungen gesichert ist — Als nächster Ort der Tagung wurde Bochum und für den Fall dessen Nichtraumung Dortmund bestimmt.

Im Bürgerbräukeller fand nachmittag unter Vorsitz des Vizepräsidenten General von Epp die Hauptversammlung des deutschen Kolonialkriegerbundes statt. An den Reichspräsidenten sandte das Präsidium ein Begrüßungstelegramm. Zum Abschluß veranstaltete das Komitee einen Festabend im Bürgerbräukeller, bei dem u. a. der ehemalige Kronprinz Rupprecht, Ministerpräsident Dr. Held, der Vizepräsident des Reichstages Dr. Bell und Bürgermeister Küfner-München das Wort ergriffen.

Den Sonnabend füllten geschlossene Versammlungen der Deutschen Kolonialgesellschaft und des Deutschen Kolonialkriegerbundes, sowie des Frauen-Bundes der Deutschen Kolonialgesellschaft aus. Am Sonntagvormittag wurde die öffentliche Kolonialgedenkfeier auf dem Königsplatze abgehalten, an der eine vieltausendköpfige Menge teilnahm. Den Festakt eröffnete Generalleutnant v. Epp mit einer Ansprache und Uebergabe der Fahnen an eine Reihe bayerischer Kolonialvereine. In einer Festrede betonte Gouverneur a. D. Dr. Seitz, daß Deutschland seine Kolonien und deren ideellen Wert nicht vergessen dürfe.

Das Ende der belgischen Regierungskrise.

Ein katholisch-sozialistisches Kabinett unter Poullet.

TU Brüssel, 8. Juni.

Die sozialistische Partei hat gestern abend mit 500 000 gegen 108 000 Stimmen bei 21 000 Stimmenthaltungen beschlossen, an einem katholisch-sozialistischen Kabinett unter Poullet mitzuarbeiten. Die Bildung des Kabinetts Poullet dürfte im Laufe des heutigen Tages erfolgen. Folgende Sozialisten werden Mitglieder des Kabinetts sein: Vandervelde (Auswärtige Angelegenheiten), Wauters (Industrie und Arbeit), Leboulle (Inneres), Anseelle (Eisenbahn), Camille Huysmans (Unterricht und Kunst). Die Katholiken werden folgende Portefeuilles erhalten: Poullet (Ministerpräsident), Tschoffen (Justiz), Janssen (Finanzen), Niedekerke (Kolonien, Van Diewoet (Landwirtschaft). Das Ministerium der nationalen Verteidigung wird General Kestens übernehmen, der der liberalen Partei nahesteht.

Die Sirdarmörder zum Tode verurteilt.

Berufung gegen das Urteil.

Kairo, 8. Juni.

Alle wegen des Mordes an dem Sirdar Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, außer dem Führer des Automobils, in dem die Mörder geflüchtet waren, der zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Nach der Urteilsfällung verursachten einige Gefangene eine Lärmszene, so daß sie gewaltsam entfernt werden mußten. Die Verurteilten haben Berufung eingelegt.

Der Preis für die Ergreifung der Sirdarmörder ist einem früheren politischen Gefangenen namens Noguib Kelbani zugesprochen worden. Es handelt sich um 10 000 ägyptische Pfund.

Fallgruben der Entwaffnungsnote.

Die Anlage 3 des Entwaffnungsmemorandums enthält, wie wir schon ausführten, schwerste Eingriffe in die deutsche Staatshoheit. Die Interalliierte Kommission setzt einseitig alle weiteren Maßnahmen fest, nicht nur bei Verwaltungsanordnungen wie der Festsetzung der Orte, in denen staatliche Polizei zugelassen wird und kasserniert werden kann, sondern vor allem auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung. An den verschiedensten Stellen werden gesetzgeberische oder Verwaltungsmaßnahmen gefordert, deren Wortlaut der Zustimmung der J. M. K. K. bedarf. Auch im übrigen ist die Durchführung der noch aufgestellten Forderungen dem einseitigen Diktat der J. M. K. K. in zahlreichen maßgebenden Einzelheiten übertragen.

Von parlamentarischer Seite wird uns dazu bemerkt: Wenn die Regierung nach dem ausgegebenen Communiqué beabsichtigt, diese Fragen auf dem Wege der Verhandlung zu regeln, so wird sie ihrer äußersten Festigkeit bedürfen, um auch nur die Möglichkeit von Verhandlungen durchzusetzen. Das Recht der Kommission, die Einzelheiten zu regeln, ist derartig elastisch gestaltet, daß Verschleppungskünsten Tür und Tor geöffnet sind. Gerade in diesen Einzelheiten ist die Note offensichtlich darauf abgestellt, weitere Vorwände für ein Hinausögern der Räumung zu schaffen. Sie macht durchaus nicht den Eindruck, daß guter Wille Deutschlands und Entgegenkommen in einzelnen Punkten die Räumung wirklich beschleunigen würde, da sie der Kommission stets die Möglichkeit offen hält, neue Streitpunkte und Verschleppungen Deutschlands zu konstruieren.

Der Nachhall des Kontrolldiktats.

Die „Verzüge" nicht ernst genug, um die Nichträumung Kölns zu rechtfertigen.

London, 8. Juni.

Die Sonntagsblätter beschäftigen sich ausführlich und kritisch mit der Entwaffnungsnote. Die liberale „Westminster Gazette" schreibt in einem Leitartikel über die alliierte Entwaffnungsnote, man könne jetzt sehen, wie absurd die Vorwände seien, die für die Verzögerung der Abfendung der Note vorgebracht worden seien. Die Gesamtwirkung der Note sei äußerst unglücklich, es sei sehr deutlich zu sehen, daß zwei verschiedene Hände daran gearbeitet haben, aber dies mache die Pille für Deutschland keineswegs schmackhafter. Es müsse zugegeben werden, daß Deutschland die besonderen Verpflichtungen, die es übernommen habe, nicht durchgeführt habe, die Verzüge seien jedoch nicht ernst genug, um eine Verzögerung in der Räumung Kölns zu rechtfertigen. Die Behauptung von einer „ernsten Bedrohung des Friedens" sei ein Unsinn. Deutschland sei unfähig, einen modernen Krieg zu führen und es sei sogar nicht in der Lage, einer modernen anderen Macht ernsten Widerstand entgegenzusetzen. Einige der Forderungen in der Note der Alliierten seien zu anfechtbar, um eine sehr rasche Erfüllung zu gestatten.

Das Blatt Lloyd Georges, „Daily Chronicle", stimmt der alliierten Note zu und schreibt, es könne erwartet werden, daß Deutschland die Forderungen ohne unverhältnismäßige Schwierigkeiten und Verzögerungen erfüllen werde. Bezugnehmend auf verschiedene in der Note angeführte Verfehlungen bemerkt das Blatt: Zu einem großen Teil seien sie auch auf die Beunruhigung und Empörung zurückzuführen, die durch Poincarés ungesetzliches Eindringen in das Ruhrgebiet verursacht worden sein.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" bezeichnet die alliierte Note als ein Kompromiß und betont, daß mit der Darstellung der deutschen Verzüge als „ernster Friedensbedrohung" die Franzosen ihren Willen durchgesetzt haben, da man auf britischer Seite der Ansicht sei, daß Deutschland unfähig sei, seine Nachbarn anzugreifen, und dies auch auf Jahre hinaus sein werde. Auch in der juristischen Auslegung des Art. 429 habe die französische Diplomatie einen großen Sieg davongetragen.

In „Sunday Times" heißt es: Niemand kann behaupten, daß das Problem der Entwaffnung Deutschlands und der Räumung Kölns geschickt behandelt worden ist. Die Engländer hätten bereits vor fünf Monaten Köln verlassen sollen. Durch die Verzögerung der Räumung dieser Stadt ist nur das deutsche Volk gereizt und mißtrauisch gemacht und sind nur die Aussichten auf eine weitere Zusammenarbeit und eine Vereinbarung zwischen den drei hauptsächlich am Weltkrieg beteiligten Ländern geschädigt worden. Die Hinausschiebung jener Räumung ist um so unglücklicher, als sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund um mindestens ein Jahr verzögert hat. Jetzt, so fährt das Blatt fort, wo endlich die Forderungen der Alliierten an Deutschland veröffentlicht worden sind, er-

„Rheinmetall" Jagdgewehre

Sämtl. Munition für Jagd- u. Sportzwecke

RHEINMETALL-HANDELSGESELLSCHAFT M·B·H Berlin W 8, Friedrich Str. 62/67 Lieferwerk Sömmerda i/Thür.